

BERICHT

an die Herren Wahlmänner und Wähler des Wahlbezirks Wieden in Wien.

Am 18. Dezember 1848 stellte sich an die Spitze des Reichsministerium ein Mann, welcher zum tiefsten Schmerze jedes Vaterlands-Freundes das Wort der Ausschliessung Oesterreichs von Deutschland unter der Maske eines engeren und weiteren Bundes in die Mitte des deutschen Parlamentes schleuderte, und in diesem Sinne seine Wirksamkeit begann. —

Die österreichische Regierung erliess die Note vom 28. Dezember 1848, in welcher sie sich unumwunden gegen den Austritt Oesterreichs aus dem Bundesstaate erklärte; sie erliess die Note vom 4. Februar 1849, worin sie sich gegen die Unterordnung des Kaisers von Oesterreich unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Central-Gewalt feierlich verwahrte; sie erliess die Note vom 9. März 1849, worin sie in der Oberhauptsfrage sich für die Form des Directoriums aussprach. In gleichem Sinne erklärten sich die Regierungen und Landeskammern der übrigen grösseren deutschen Staaten und sprachen sich Gemeinden und Vereine in Tausenden von Adressen aus. —

Dessenungeachtet beharrte das Ministerium Gagern bei seinem Programme und seine Partei brachte alle Hebel in Bewegung, um das Erbkaiserthum und die Wahl des Königs von Preussen zum Erbkaiser durchzusetzen. —

Es war einleuchtend, dass die deutsche Frage nun in eine die Ruhe von Deutschland und von Europa bedrohende Phase getreten war. Nicht mehr handelte es sich darum, ob eine mehr oder minder freisinnige Verfassung für Deutschland geschaffen werden, sondern darum, ob noch ein Deutschland für was immer für eine Verfassung übrig bleiben sollte; nicht mehr um conservativ oder liberal, um rechts oder links, sondern um Leben oder Tod von Deutschland, um die Zerreissung Deutschlands handelte es sich. Preussen sollte in sich alle übrigen Staaten, scheinbar in einem Bundesstaate, in Wirklichkeit aber in einem Einheitsstaate aufnehmen und sich so auf gleiche Stufe der Macht mit Oesterreich stellen. Oesterreich sollte dagegen aus seiner auf Geschichte und Recht, auf Macht und Vertrag ruhenden bevorzugten Stellung in Deutschland und aus der damit verbundenen Stellung in Europa scheiden, es sollte sich eine Verminderung seiner europäischen Bedeutung gefallen lassen.

Es handelte sich also in wunderlicher Verkehrung des Ausgangspunktes der deutschen Bewegung um Verwirklichung der Formel:

„Ein Preussen, ein Oesterreich und gar kein Deutschland mehr!“

Die tiefste Abneigung gegen dieses Streben gab sich abgesehen von den Regierungen und Kammern im Volke von Baiern, Württemberg, Sachsen, Hannover, in Baden, in den preussischen Rheinlanden und anderwärts kund. Ein Bürgerkrieg innerhalb des also vergrösserten Preussen, und die Wiederholung eines siebenjährigen Krieges stand in Aussicht.

Die österreichischen Abgeordneten, mit wenigen Ausnahmen, die ohnehin bekannt sind, erkannten in diesem entscheidenden Augenblicke ihre Aufgabe, mit dem Vollgewichte ihrer Stimmen sich diesem Verrathe an Deutschlands Vergangenheit und Zukunft zu widersetzen. Sie erkannten, dass sie nicht vom Platze weichen durften, um das Geschick von Deutschland und Europa, die Frage, ob Krieg, ob Frieden einer abentheuerlichen Theorie und dem blind preussischen Eifer, der sich preussischer geberdete, als Preussens König, zu überlassen. Sie durften nicht dulden, dass man mit den tiefst eingepprägten Stammesgefühlen süddeutscher und norddeutscher Stämme sein Spiel treibe; sie mussten bleiben, und unverzüglich alle Partei-Schranken niederreissen, um unter der Fahne von Grossdeutschland und unter dem Wahlspruche:

„Das ganze Deutschland soll es sein“

Alle zu versammeln, welche die Schmach der Theilung Deutschlands abwälzen wollten, und die ausschliessliche Vergrösserung Preussens auf Kosten der Stellung und Ehre Oesterreichs, auf Kosten der Existenz der nicht zu vernichtenden, sondern in einem Bundesstaate zu vereinigenden anderen deutschen Staaten und auf die Gefahr eines Bürgerkriegs als ein National-Unglück betrachteten. —

Männer aus allen Theilen Deutschlands, selbst aus Preussen, Männer, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen, und solche von der linken vereinten sich, um die Partei der Grossdeutschen zu bilden, an deren Spitze man ausgezeichnete Persönlichkeiten aus

der Zahl der nichtösterreichischen Abgeordneten setzte. Und alle waren bereit, um diese Fahne zu Ehren zu bringen, einander mit umfassenden Zugeständnissen entgegen zu kommen, weil nur so die Bildung, wenn nicht einer Majorität, doch einer imposanten Minorität möglich war.

Das Ergebniss dieser Vereinigung war es, dass ungeachtet der Vortheile, welche der kleindeutschen Partei zur Seite standen, nämlich die Stütze des Ministeriums, des Verfassungs-Ausschusses und der ihr zu Gebot stehenden verbreitetsten Organe der Frankfurter Presse, der Welcker'sche Antrag auf Annahme der Verfassung in Pausch und Bogen und Wahl Friedrich Wilhelm's IV. zum Kaiser mit 283 gegen 252 Stimmen verworfen wurde.

Dieses Ergebniss ist in seinen Folgen unermesslich. Das preussische Kleindeutschland ist nahezu unmöglich; der Zweiheit und der Zwietracht Deutschlands ist ein Zaum angelegt. Die Trennung der kaiserlich preussischen von der kaiserlich österreichischen Politik, die Freude der Feinde Deutschlands, ist in Nichts zerronnen. Dieser Sieg der grossdeutschen Partei wird fortleben in der Geschichte und spätere Zeiten, deren Blick nicht durch Leidenschaft getrübt sein wird, werden allgemein und freudig anerkennen, dass dieser parlamentarische Sieg unserem Volke Ströme Blutes, die Schrecken eines Bürgerkrieges, die Zerrüttung der Gewerbe und des Verkehrs erspart, und die Segnungen eines dreissigjährigen Friedens, den Wohlstand der lebenden Generation, gerettet hat.

Noch ein wichtiger Sieg ward von der grossdeutschen Partei errungen, die Verwerfung der Paragraphen 2 und 3 der Reichsverfassung, wobei namentlich die linke Seite des Hauses mit Rücksicht auf ihre bisherige Abstimmung und auf ihre erklärten Principien ein anerkanntes Opfer brachte. Aber auch von anderer Seite mussten hinwider, gemäss den Anforderungen des höchsten politischen Grundsatzes, der Aufrechthaltung des unzerrissenen territorialen Bestandes von Deutschland und der ausgezeichneten Stellung Oesterreichs in Deutschland, dem guten Einvernehmen in der grossdeutschen Partei Opfer gebracht werden; doch vergleichungsweise nur in unter-

geordneten Fragen, wie rücksichtlich des unter anderen Umständen wichtigen Wahlgesetzes, und rücksichtlich des übrigens unschädlichen Eisenstuck'schen Antrages bezüglich der Divergenz der deutschen und österreichischen Grundrechte.

Bei letzterem Antrage schien sowohl die strenge Consequenz, als auch die Klugheit zur Zeit allerdings zu fordern, dass vor der noch schwebenden Vereinbarung über die deutschen Grundrechte nicht ein schädliches, dem preussischen Theilungs-Projecte günstiges Präjudiz als unveränderliche Thatsache hingestellt werde. Mindestens sollte dasselbe von den in ein peinliches Dilemma gebrachten österreichischen Abgeordneten zur Zeit nicht als eine solche anerkannt werden, weil diess von den Gegnern Oesterreichs überhaupt und des österreichischen Stimmrechts insbesondere als ein gefährliches Argument ausgebeutet werden konnte.

Diese Opfer wurden gebracht in dem freudigsten Bewusstsein, dass dadurch die Einheit der grossdeutschen Politik im Rathe der Grossmächte von Europa gerettet sowie Zersplitterung und Bürgerkrieg vermieden werden würde. Diese Ueberzeugung ist auch jetzt nicht erschüttert, indem die weiteren Fragen der speciellen Abstimmung über das Erbkaiserthum, worin die grossdeutsche Partei eine Minorität von 263 Stimmen der Majorität von 267 und über die Wahl, wo sie 248 Nichtwähler den 290 Wählern gegenüber stellte, in einer Weise gelöst sind, dass sie die Einheit Deutschlands, die Stellung Oesterreichs in Deutschland und in Europa kaum ernstlich zu bedrohen im Stande sind.—

Nachdem nun die Frage in das Stadium der Waffenruhe getreten ist, in welchem die Mission der Regierungen in den Vordergrund tritt, erachte ich für angemessen, diesen Bericht begleitet von einem Abdrucke unserer zu den Parlamentsprotocollen gegebenen Verwahrungen zur Orientirung in die Hände der Herrn Wahlmänner zu legen.

Möge es jeder Vaterlandsfreund sich zur Aufgabe machen, die rege Theilnahme an Deutschland und Oesterreichs Stellung in demselben, in sich und in seinem Kreise lebendig zu erhalten.

Frankfurt a. M., den 30. März 1849.

Dr. Perthaler,
Parlaments-Mitglied für Wien.

